

9.10 **Abgeordneter Heinz-Christian Strache** (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Bundeskanzler! Sehr geehrte Damen und Herren auf der Regierungsbank und vor den Bildschirmen! Herr Bundeskanzler, Sie haben ja am Beginn Ihres Amtsantritts durchaus viele Vorschusslorbeeren erhalten, einerseits von Ihrer eigenen Partei, aber auch von den Grünen und diversen Medien. Viel an Vorschusslorbeeren wurde Ihnen da mit auf den Weg gegeben: Quasi seien Sie eine Mischung aus Obama, Kennedy, Kreisky und ich weiß nicht, was alles noch; vieles ist da hochstilisiert worden. Aber leider haben wir gleich am Beginn relativ rasch feststellen müssen, dass die Vorschusslorbeeren bereits verwelkt sind, hat sich doch herausgestellt, dass in vielen Bereichen nicht der neue Stil gelebt wird, von dem am Beginn gesprochen worden ist, und dass gerade beim Thema Asyl und Sicherheit – ja, ich kann es nur so formulieren – fast unverschämter agiert wird als vonseiten Ihres Vorgängers.

Wenn man erlebt, dass die Zahlen der Asylanträge von Personen, die nach Österreich gekommen sind, falsch gerechnet werden und Zahlentricksereien stattfinden, dann ist das einfach unredlich und unehrlich. Es wird hier offenbar ganz bewusst versucht, die Statistik willkürlich zurechtzubiegen, und das natürlich weiterhin zu Lasten der österreichischen Bevölkerung. Das ist eine unverantwortliche Politik, wenn man mit diesen Zahlen einfach nicht ehrlich umgeht und hier versucht zu tricksen.

Apropos neuer Stil, und das möchte ich schon auch anmerken: Wenn in der Tageszeitung „Österreich“ in einem Interview der Interviewer – wahrscheinlich war es Herr Fellner – meint, dass Österreich jetzt ein Bild der Rechtsradikalen vermittelt aufgrund der vielen Wähler für den Präsidentschaftskandidaten Hofer, nämlich 2,2 Millionen Österreicher, und Sie darauf antworten, ja, das ist unangenehm, und das nicht zurückweisen, dann ist das auch kein guter neuer Stil, sondern **empörend!** (Beifall bei der FPÖ sowie der Abg. **Schenk.** – Abg. **Kickl:** Skandalös!)

Wenn Ihre Asylzahlenrechnung und die Tricksereien, die Sie da gelebt haben, natürlich in der Öffentlichkeit zu Diskussionen führen und Sie dann sagen, dass diese Zahlendiskussion Sie im Grunde nicht besonders interessiert, dann muss ich schon festhalten: Die österreichische Bevölkerung ist **sehr** interessiert an den wahren Zahlen und möchte sich da nicht anschwindeln lassen. Anders kann man es gar nicht bezeichnen. Denn die Österreicher müssen ja letztlich auch für diese Fehlpolitik die Zeche bezahlen, nämlich finanziell, sicherheitspolitisch, gesellschaftspolitisch und sozialpolitisch. Deshalb hat die österreichische Bevölkerung auch ein Recht darauf, mit den ehrlichen Zahlen konfrontiert zu werden und sich auch auf die gemachten Aussagen verlassen zu können.

Wenn man da in der Vergangenheit von Obergrenzen und Richtwerten gesprochen hat, dann ist spätestens dadurch wieder einmal sichtbar geworden, dass das offenbar ein reiner Marketing-Gag der Regierung gewesen ist. Das heißt, dass man sich leider darauf einstellen muss, dass man es nicht ernst meint mit solchen Obergrenzen oder Richtwerten und Sie offenbar vorhaben, das Vereinbarte mit Trickereien wieder aufzubrechen, und wir im Laufe dieses Jahres wieder damit rechnen müssen, dass wir weit mehr als diese festgelegte Zahl der Obergrenze erreichen werden.

Das ist nicht redlich, und das ist auch nicht „situationselastisch“, wie es einmal ein ehemaliger Verteidigungsminister genannt hat, wenn es um Ihre Rechenkünste geht. Ich sage Ihnen, mit all dem, was da in der Statistik verankert ist, hat man ehrlich umzugehen. Und es kann nicht das Motto sein, Herr Kern, dass Sie sagen, ich zähle sie nicht und darum gibt es sie nicht. Das ist eben Realität, und wir müssen die tatsächlichen Zahlen beim Namen nennen. Und es sind bereits weit mehr als 22 000 Asylanträge vorhanden und nicht 11 000, wie fälschlicherweise dargestellt wurde.

Darunter sind natürlich auch Dublin-Fälle. Da Österreich aber nur einen Bruchteil davon zurückschieben wird, werden diese Asylwerber selbst in einer zurechtgebogenen Kern-Statistik schlagend werden. Das kann es daher nicht sein! Das ist nicht anständig, und deshalb gehört es auch thematisiert, weil man es so nicht im Raum stehen lassen kann.

Ich weiß schon, Sie haben damals als ÖBB-Chef im Zuge der Flüchtlingsströme von Ungarn Richtung Österreich, wo man auch gesetzeswidrig jeden hereingelassen hat, mit den ÖBB die Transfers Richtung deutscher Grenze vorgenommen. Das war auch nicht unbedingt der Weg, wie wir ihn uns vorgestellt hätten, weil man damit der Gesellschaft auch nicht wirklich einen guten Dienst erwiesen hat. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Das gehört schon einmal gesagt, und wir haben das auch kritisiert, dass sich da der Staat als staatliche Schlepperorganisation betätigt hat.

Wir sehen ja auch, dass sich sämtliche Befürchtungen bestätigen, die wir im Zusammenhang mit einem EU/Türkei-Deal geäußert haben, der natürlich nicht greift und auch nicht von Erfolg gekrönt ist. Und es ist schon kritisch zu hinterfragen, warum man überhaupt mit einem Land, das sich so unglaublich **negativ** entwickelt, nämlich in Richtung einer autoritären Struktur, so etwas anstrebt, mit einem Land, in dem es einen Präsidenten gibt, der anlässlich des Weltfrauentages mit Gummigeschoßen auf Frauen schießen lässt, der Medienhäuser mit Polizeigewalt stürmen lässt, weil sie oppositionsfreundlich sind, in dem Abgeordneten ihre Immunität entzogen wird, weil sie

einem nicht zu Gesicht stehen, wo gegen die kurdische Minderheit mit Gewalt vorgegangen wird. Wenn mit so jemandem eine Partnerschaft gesucht wird, kann man sich nur wundern und auf den Kopf greifen, denn da sollte man eigentlich Sanktionen beschließen, anstatt eine Partnerschaft zu suchen, die nicht von Erfolg gekrönt sein wird. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wenn ich mir diese gesamten Entwicklungen ansehe, bis hin zum Versagen beim Schutz der EU-Außengrenzen, wo die Europäische Union seit geraumer Zeit nicht in der Lage ist, obwohl uns das Thema jetzt bereits über eineinhalb Jahre lang begleitet, da irgendwo Meter zu machen, Nachhaltigkeit zu schaffen, und wenn jetzt auch Hunderttausende Menschen aus Afrika auf dem Sprung nach Europa und in Richtung der EU-Außengrenzen sind, dann ist das ein Problem, mit dem wir uns auseinandersetzen müssen, und da braucht es auch entsprechende Antworten.

Selbstverständlich ist auch in diesen Regionen etwas zu machen. Die Dritte-Welt-Milliarden einfach nur zu überweisen macht sicherlich nicht Sinn, sondern wenn, dann braucht es projektbezogene Unterstützung vor Ort, damit man auch Perspektiven in diesen Ländern und auf diesem Kontinent eröffnen kann und so dieser Entwicklung gegensteuert und klar und deutlich kommuniziert: Probiert es bitte nicht, aus wirtschaftlichen Gründen zu uns zu kommen, wir können euch nicht aufnehmen! Wir werden euch retten auf hoher See, aber wir werden euch wieder zu den Häfen zurückschicken, von denen ihr ausgelaufen seid. – Aber all das geschieht heute nicht vonseiten der Europäischen Union.

Die Auswirkungen des letzten Jahres bis heute zeigen ja, dass die Sicherheitssituation in Österreich leider Gottes in starke Mitleidenschaft gezogen wurde. Ich denke an die blutigen Bandenkriege, die wir in den Städten Österreichs erleben, vorwiegend in Wien, ob das jetzt Tschetschenen-Banden sind oder woher auch immer. Ja, das beschäftigt natürlich die Bevölkerung und auch die Exekutive. Ich denke an die Kriminalität, die nachweislich explodiert ist, eben aufgrund einer ungeordneten Massenzuwanderung unter dem Deckmantel des Asylgesetzes, wo man weiß, dass die überwiegende Mehrheit von Menschen, die zu uns hereingelassen worden sind, nicht Flüchtlinge im Sinne der Genfer Konvention sind. Oder ich denke an den Umstand, dass nur ein Drittel der abgewiesenen Asylwerber freiwillig ausreist oder abgeschoben wird und sich allein seit dem Jahr 2000 200 000 Einwanderer einen illegalen Aufenthalt bei uns erkämpft haben.

Wenn man sich die Rohdaten des Sicherheitsmonitors ansieht, wo alle polizeilich erfassten Delikte aufgelistet sind, dann ist ersichtlich, dass die Kriminalität in Österreich

deutlich angestiegen ist. Dafür gibt es natürlich auch eine Verantwortlichkeit. Innenminister Sobotka hat gesagt – ich zitiere ihn daher noch einmal –: „Die Kriminalität in Österreich unter den Asylwerbern steigt – auch im Übergreif gegenüber der Bevölkerung“ – Zitatende. – Und der Herr Innenminister wird wissen, was er sagt.

Seit dem Jahr 2001 – so lange gibt es inzwischen methodisch unmittelbar vergleichbare Kriminalstatistiken – stieg die Zahl der österreichischen Tatverdächtigen von 156 720 auf 157 777 im Jahr 2015 an, aber jene der ausländischen Tatverdächtigen verdoppelte sich im gleichen Zeitraum von 47 256 auf 92 804.

Diese Zahlen kann man nicht einfach ignorieren. Und da hilft auch die Kern'sche Mathematik nichts, die dann vielleicht hergeht und durch eine neue Art der Erfassung versucht, diese Zahlen in der Kriminalstatistik in Zukunft zu halbieren. Nein, das ist der falsche Weg! Wir müssen uns den Realitäten stellen, und wir brauchen die richtigen Antworten auf diese Realitäten, um hier gegenzusteuern.

Seit vergangenem Herbst sind der Bevölkerung auch immer wieder über 2 000 Polizisten versprochen worden. Diese Versprechungen kennen wir jetzt seit geraumer Zeit. Diese sind bis heute nicht wirklich umgesetzt, diese Versprechungen halten nicht. Wir haben zwar Neuaufnahmen erlebt, aber diese Neuaufnahmen füllen nicht einmal die Lücke des natürlichen Abgangs jener Polizeibeamten, die in Pension gehen (*Präsidentin Bures gibt das Glockenzeichen*), und die Zuteilungen und Abkommandierungen für Gefahrenlagen sind letztlich zu wenig. Wir brauchen – ich komme schon zum Schlusssatz – wirklich zusätzlich 2 000 Planstellen für Exekutivbeamte, die auch aufgefüllt werden.

Unterm Strich haben wir ein Sicherheitsproblem, und da ist es wichtig, dem gegenzusteuern und wirklich da oder dort auch einen neuen Stil zu leben und nicht alte, überholte, fehlerhafte politische Muster fortzusetzen. (*Beifall bei der FPÖ und bei Abgeordneten des Teams Stronach.*)

9.20

**Präsidentin Doris Bures:** Für eine einleitende Stellungnahme hat sich Herr Bundeskanzler Mag. Kern zu Wort gemeldet. – Bitte, Herr Bundeskanzler. (*Abg. Kickl: Was ist das mit der Bananenrepublik?*)